

Einsprache gegen europäisches Patent auf Schimpansen

Wir brauchen dringend neue Patentrichtlinien

Das Europäische Patentamt erteilt immer häufiger Patente auf Tiere. Sogar gentechnisch veränderte Schimpansen sollen patentierbar sein. In der jüngsten Vergangenheit hat das Amt drei Patente auf Menschenaffen erteilt.

Paul Scherer, SAG-Geschäftsstelle

Alles begann mit einer kleinen Maus. Vor 20 Jahren erteilte das Europäische Patentamt (EPA) erstmals ein Patent auf ein Wirbeltier, die sogenannte Krebsmaus. Der Entscheid sorgte weltweit für heftige Kontroversen. Es gab 17 Einsprüche, die Verhandlungen dazu dauerten bis 2004. Doch alle Einwände gegen das Patent wurden schlussendlich zurückgewiesen. Seither hat das EPA rund 1200 Patente auf Tiere erteilt, zudem über 3000 auf Gensequenzen von Mensch oder Tier. Bei den Patenten auf Tiere handelt es sich mehrheitlich um gentechnisch veränderte Tiere. Auf die Krebsmaus folgten Aidsmäuse, Alzheimermäuse, Diabetes- und Herz-Kreislauf-Ratten. 2001 erhielt das Klonschaf Dolly europäischen Patentschutz, einige Jahre später die «Turbokuh», die besonders viel Milch geben soll.

In den vergangenen zwei Jahren erteilte das EPA gar drei Patente auf Schimpansen. Gegen eines dieser Patente haben nun elf Organisationen aus Deutschland, England und der Schweiz Einspruch erhoben. Sie sind besorgt darüber, dass das Patent einen kommerziellen Anreiz für mehr Tierversuche bieten könnte, und verlangen, dass Tiere mit mehr Respekt behandelt werden. In der vorliegenden Patentschrift wird mit keinem Wort auf das Tierwohl eingegangen. Trotzdem akzeptiert das EPA das Patent. Es verstösst damit nach Meinung der Einsprechenden gegen die eigenen Richtlinien. Diese verbieten Patente, die «geeignet sind, Leiden dieser Tiere zu verursachen».

Verstoss gegen die «guten Sitten»

Grundsätzlich ausgeschlossen werden in den «Richtlinien für die Prüfung im Europäischen



Schimpansen sind in ganz Afrika vom Aussterben bedroht. Die Primaten sind in ihren kognitiven Fähigkeiten und ihrem Verhalten dem Menschen sehr ähnlich. Bild: romantsubin - Fotolia

Patentamt» auch Patente, die gegen die guten Sitten verstossen. Der Begriff «gute Sitten» ist sehr vielseitig auslegbar. Die Eidgenössische Ethikkommission für die Biotechnologie im Ausserhumanbereich (EKAH) stellt in einem Grundsatzpapier zu Patenten auf Tiere und Pflanzen zur Diskussion, ob nicht gegen die «guten Sitten» verstosse, was der Grundüberzeugung vieler Menschen widerspricht. «Tiere sollen mit Respekt behandelt und vor kommerziellem Missbrauch geschützt werden», sagt Christoph Then von Testbiotech. Die Gleichbehandlung von belebter und unbelebter Materie wird von breiten Teile der Bevölkerung nicht gutgeheissen. Auf Grund dieser weit verbreiteten Haltung wurde der Grundsatz der «Würde der Kreatur» in die Schweizer Bundesverfassung aufgenommen.

Wirtschaftliche Interessen werden höher gewichtet

In der gängigen Praxis der Patenterteilung wird diesem Grundsatz aber kaum Rechnung getragen.

Das Patentwesen ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt. Es ist sehr komplex und ein

Das Patent EP1456346

Elf Organisationen aus Deutschland, der Schweiz und England haben einen gemeinsamen Einspruch gegen ein Patent der US-Firma Intrexon auf gentechnisch veränderte Schimpansen eingelegt. Das Patent war vom Europäischen Patentamt (EPA) im Februar 2012 erteilt worden. Die Tiere sollen für die Pharmaforschung genutzt werden, nachdem sie zuvor laut Patent mit synthetischer DNA manipuliert wurden, die ursprünglich aus Insekten stammt. Nach Ansicht der einsprechenden Organisationen, Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt, British Union for the Abolition of Vivisection (BUAV), Deutscher Tierschutzbund, Gen-ethisches Netzwerk (GeN), Gesellschaft für ökologische Forschung, Kein Patent auf Leben!, Pro Wildlife, Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG), Schweizer Tierschutz (STS), Testbiotech und Wild Chimpanzee Foundation, Deutschland (WCF) verstösst das Patent gegen die ethischen Grenzen des europäischen Patentrechts.

öffentlicher Diskurs dazu fand bisher nicht statt. Bei der Patenterteilung wird vor allem auf die – meist wirtschaftlichen – Interessen der Antragsteller eingegangen. Mit der Gleichstellung von Lebewesen und unbelebten Dingen hinsichtlich ihrer Patentierbarkeit werden Tiere zu Produkten. Sie werden nicht mehr als lebende Wesen mit eigenem Wert wahrgenommen.

Immer häufiger werden Patente auf Nutztiere erteilt

Immer häufiger werden auch Patentanträge im Bereich der Nutztierhaltung gestellt und einige wurden auch bereits erteilt. Kommerziell genutzt wird bislang noch keines der Patente auf gentechnisch veränderte Nutztiere. Am weitesten fortgeschritten war das sogenannte Enviropig. Die Forschung an diesen Schweinen, welche weniger umweltschädliche Phosphate ausscheiden sollten, wurde wegen fehlender Finanzierung eingestellt. Die letzten Ferkel der Enviropigs wurden 2012 eingeschläfert. Immer wieder angekündigt wird auch der kanadische Gentech-Lachs, eine Zulassung hat er aber noch keine erhalten.

Agrarkonzerne dringen in die Tierzucht vor

Doch mittlerweile ist die Patentierung bei Nutztieren auf die konventionelle Züchtung und auf Verfahren in der Zucht ausgeweitet worden. Das EPA hat mehrere solcher Patente gutgeheissen. Die Agrarkonzerne, allen voran Monsanto, dringen nach der Pflanzenzucht in die Tierzucht vor. In der Schweine- und der Rinderzucht lässt sich viel Geld verdienen, und mit der künstlichen Besamung steht ein einfacher Vertriebskanal offen, der leicht kontrolliert werden kann. Wie weit diese Patente in Europa zur Anwendung kommen, bleibt abzuwarten. Klar ist aber, dass es dringend ein Überdenken der Bewilligungspraxis bei Patenten braucht.

Es braucht weitere unabhängige Untersuchungen

Die Resultate dieser Gentech-Studie sind besorgniserregend



Die Pflanzenökologin Angelika Hilbeck vom Institut für Integrative Biologie an der ETH Zürich gilt weltweit als Fachfrau für biologische Sicherheit. Bild: Michael Würtemberg

Eine französische Forschergruppe hat herausgefunden, dass mit Gentech-Mais gefütterte Ratten früher sterben (siehe gentechfrei-info 72). Die Studie wurde sofort als unseriös diffamiert. Die an der ETH forschende Pflanzenökologin Angelika Hilbeck nimmt die Studie aber sehr ernst.

Denise Battaglia

Denise Battaglia: Frau Hilbeck, der Molekularbiologe Gilles-Eric Séralini hatte herausgefunden, dass Ratten, die über zwei Jahre mit einem herbizidresistenten Gentech-Mais von Monsanto gefüttert worden waren, häufiger Tumore entwickelten und früher starben als die Ratten in der Kontrollgruppe.

Angelika Hilbeck: Ja, ich bin sehr erschrocken über diese Resultate.

Sie nehmen die Studie ernst?

Natürlich nehme ich die Resultate dieser Studie ernst.

Séralini wurde noch am Tag der Publikation von anderen Wissenschaftlern massiv attackiert. Sie warfen der Studie methodische Mängel vor.

Es sind immer die gleichen industrienahen Gentech-Befürworter, die kritische Studien

und deren Autoren in einer konzertierten Aktion sofort zu diffamieren versuchen. Hier geht es um viel Geld. Auf Séralini wurden nun die grosskalibrigen Waffen gerichtet, denn bei seiner Fütterungsstudie ging es um die Gesundheit der Säugetiere, die wiederum als Modell für uns Menschen dienen.

Es hiess, Séralini habe einen für Krebs anfälligen Rattenstamm gewählt.

Séralini hat den gleichen Rattenstamm gewählt wie Monsanto. Wollen wir wirklich, dass eine Substanz an einem Organismus getestet wird, der nicht sensitiv darauf reagiert? Mit diesen Diffamierungen wollte man davon ablenken, dass Séralini die gleiche Methode wählte wie Monsanto. Denn wenn man Séralini als Forscher ernst nimmt, muss man konsequenterweise die Studie von Monsanto und damit die Zulassung des Gentech-Maises in Frage stellen.

Wie seriös ist die Studie von Séralini?

Die Studie reicht für ein abschliessendes Urteil über die Gefährlichkeit des Herbizids, mit der die Gentech-Pflanze bespritzt wird, oder über die Gentech-Pflanze selbst nicht aus. Man kann insbesondere nicht sagen, ob der Mais oder das Spritzmittel krebserregend sind. Aber die Resultate sind besorgniserregend. Es braucht unbedingt weitere, unabhängige Untersuchungen. Séralini hat ge-

Angelika Hilbeck

Angelika Hilbeck ist Forscherin und Dozentin am Institut für Integrative Biologie an der ETH Zürich. Die Pflanzen-ökologin gilt weltweit als Fachfrau für biologische Sicherheit. Sie hat u.a. an dem von der Weltbank in Auftrag gegebenen Weltagrarbericht mitgearbeitet. Angelika Hilbeck untersuchte in den letzten Jahren das vom Gentech-Mais produzierte Insektizid (das so genannte Bt-Toxin) auf Marienkäfer und Florfliege und fand heraus, dass auch diese Nützlinge geschädigt werden können, was die Industrie stets bestritten hatte.

zeigt, wie wichtig Langzeitstudien sind. Die Studien der Industrie, auf die sich die Zulassungsbehörden stützen, dauern höchstens 90 Tage. Für eine seriöse Risikobewertung reicht das einfach nicht aus. Im Übrigen hat auch Hersteller Monsanto bereits Organschäden bei den Nagern ausgemacht. Bloss wurden diese Schäden als «biologisch irrelevant» weggeredet.

Warum wurden bisher keine Langzeitstudien gemacht?

Wenn man über Risiken diskutiert, muss man den Referenzrahmen definieren, also bestimmen, was als Risiko in diesen Rahmen eingeschlossen wird. Der Risikobegriff ist heute sehr eng gefasst, viele mögliche negative Effekte werden aus der Risikobetrachtung ausgeschlossen.

Zum Beispiel?

Nehmen wir den Gentech-Mais, den Séralini für seine Studie verwendete: Dieser Mais wurde gentechnisch so verändert, dass er resistent ist gegen Totalherbizide wie Roundup. Nun wird aber nur das neue Protein untersucht, das durch das eingebaute Gen kodiert wird. Zeigt das Protein – isoliert getestet – keine toxischen Effekte, gilt die Gentech-Pflanze als risikolos. Nicht untersucht wird die Biosicherheit der gesamten Pflanze, in die das Gen eingebaut wurde, einschliesslich der Wechselwirkungen mit dem Herbizid. Nicht untersucht wird auch, welche Effekte das Herbizid, das die besprühte Pflanze aufnimmt, auf Mensch, Tier und Umwelt hat. Es wird nicht untersucht, welche Effekte der Gentech-Mais, der von den Tieren gefressen wird, auf deren Organismus hat etc. Diese Risiken werden externalisiert, das heisst auf die Gesellschaft übertragen.

Gibt es noch unabhängige Forschung?

Unabhängige Forschung ist nur möglich mit Saatgut, das schon auf dem Markt ist. In der Phase, in der es kritische Risikodaten bräuchte, um seriös entscheiden zu können, ob die Pflanze zugelassen werden soll oder nicht, bestimmt die Industrie, wer mit dem Saatgut Forschung betreiben darf. Die Forscher dürfen die Daten nur publizieren, wenn die Industrie einverstanden ist.

Das war auch bei Ihrer Forschung über die Auswirkungen eines Gentech-Maises der Ciba, heute Syngenta, auf Florfliegen und Marienkäfer so.

Ja, wir brauchten die Genehmigung der Ciba, um unsere Resultate publizieren zu können. Als unsere Studien ergaben, dass der Bt-Mais nicht nur die Zielschädlinge, sondern auch Nützlinge schädigt, verweigerte die Ciba die Einwilligung. Als klar war, dass der Schaden für Ciba grösser wäre, wenn ich die Öffentlichkeit über das Publikationsverbot informieren würde, willigte sie ein. Dafür wurden wir am Publikationstag in einer Presseerklärung von Ciba mit Lügen verunglimpft.

Wie reagieren Sie auf solche Angriffe?

Ich versuche ihnen mit wissenschaftlichen Argumenten zu begegnen. Zu unseren Studien sind später Gegenstudien erschienen, die zum Schluss kamen, dass die Nützlinge nicht geschädigt werden. Wir konnten nachweisen, dass diese Forscher eine andere Methode wählten als wir. Zudem konnten wir unsere Resultate reproduzieren.

Die Landwirtschaft steht vor grossen Herausforderungen. Vermag die Gentechnologie diese Probleme zu lösen?

Wir sind so sehr darauf konditioniert, dass Lösungen zu allen Problemen von irgendwelchen lukrativen Technologien kommen müssen, dass wir das Ziel aus den Augen verloren haben. Die Frage lautet: Welche Landwirtschaft wollen wir? Wir kommen mit der intensiven, agrarindustriellen Produktion nicht weiter, weil sie unsere endlichen Ressourcen verbraucht. Wir haben Peak Öl, Peak Stickstoff, Peak Wasser, Peak Phosphor erreicht. Man kann das Ende der industriellen Landwirtschaft schon fast mit einem Datum belegen. Wir können mit dem Planeten Erde nicht darüber verhandeln, wie er zu funktionieren hat. Entweder wir begreifen endlich, dass es da nichts zu verhandeln gibt und wir innerhalb der ökologischen Grenzen und Gesetzmässigkeiten des Planeten operieren müssen – oder wir werden scheitern.

SAG aktuell



Maya Graf, unsere langjährige Präsidentin, wurde am 26. November 2012 mit überwältigendem Mehr zur neuen Nationalratspräsidentin gewählt. Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen ihr viel Erfolg in diesem wichtigen Amt. Um die Unabhängigkeit zu gewähren, welche diese Funktion braucht, hat Maya Graf das Präsidium der SAG für diese Zeit sistiert. Das Präsidium übernimmt bis Dezember 2013 unsere Vizepräsidentin, Tina Goethe. Seit 2003 ist Tina Goethe Vorstandsmitglied der SAG. Sie vertritt das Hilfswerk Swissaid, wo sie für die Entwicklungspolitik – Schwerpunkt Ernährungssouveränität – zuständig ist.

Über die Verlängerung des Gentech-Moratoriums haben wir im gentechfrei-info 72 berichtet. Nach dem Nationalrat hat sich in der Wintersession nun auch der Ständerat für eine Verlängerung bis Ende 2017 ausgesprochen. Definitiv wird der Entscheid mit der Schlussabstimmung beider Räte zur Agrarpolitik 2014 bis 2017, die vermutlich in der Frühjahrsession 2013 stattfinden wird.

Schweiz: GVO-freie Tierfütterung

Die Schweiz gehörte auch 2011 zu den wenigen europäischen Ländern, deren Nutz- und Heimtiere ohne GVO gefüttert werden. Dies zeigt der aktuelle Agrarbericht. Laut der veröffentlichten Zollstatistik verzichteten die Importeure das vierte Jahr in Folge darauf, GVO-Futtermittel in die Schweiz einzuführen. Auch die tiefe Zahl der Beanstandungen ist erfreulich: Nur sechs der insgesamt 404 untersuchten Proben hätten als GVO gekennzeichnet werden müssen, weil sie mehr als 0,9 Prozent GVO-Bestandteile enthielten.

Schweiz: Gentech-Protein für Glace

Unilever hat vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) grünes Licht erhalten, bei der Glace-Herstellung ein Eis-strukturierendes Protein zu verwenden, das aus Gentech-Hefen gewonnen wird. Das Protein soll dazu führen, dass Glaces besser schmecken und weniger Zucker und Fett enthalten. Da das Gentech-Protein ein Verarbeitungshilfsstoff ist, muss es nach geltendem Recht nicht als GVO-Erzeugnis gekennzeichnet werden. Unilever will aber auf der Verpackung angeben, wenn Glaces Eis-strukturierende Proteine enthalten. Gegenwärtig sind in der Schweiz drei Proteine und zwei Vitamine aus GVO in Lebensmitteln bewilligt. Für sechs weitere Gentech-Proteine sind beim BAG Gesuche hängig. Die SAG fordert schon seit langem eine Deklarationspflicht für solche Produkte.

Lobbying für Gentech-Insekten

Die britische Firma Oxitec will bald Gentech-Insekten auf den Markt bringen (siehe [gentechfrei-info 71](#)). Jetzt deckt ein Bericht auf, wie Oxitec weltweit Einfluss auf die Regulierung von Gentech-Insekten nimmt. In der EU soll es Oxitec gelungen sein, die Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA so zu lobbyieren, dass deren Vorschlag zur Risikoabschätzung von Gentech-Insekten industriefreundlich ausfällt. Der Bericht deckt zudem auf, dass Oxitec eng mit dem Basler Konzern Syngenta verbandelt ist. Der unter anderem von EvB und Swissaid unterstützte Bericht ist bei www.evb.ch/p20794.html abrufbar.

Impressum

Herausgeberin: sag schweizerische arbeitsgruppe
gentechologie, postfach 1168, 8032 zürich
telefon 044 262 25 63, fax 044 262 25 70
info@gentechologie.ch, www.gentechologie.ch
postcheck 80-150-6 Redaktion: Hanna Diethelm,
Paul Scherer, Benno Vogel Gestaltung: Bringolf Irion
Vögeli GmbH, Zürich Druck: ropress genossenschaft,
Zürich Auflage: 20'700 Ex., erscheint 4 bis 6 mal jährlich,
im SAG-Mitgliederbeitrag enthalten Papier: RecyStar,
100% Recycling aus Altpapier ohne optischen Aufheller

Mexiko: Konzerne wollen Gentech-Mais erstmals grossflächig anbauen



Mexiko gilt als Wiege der Maispflanze. Das Land hat mehrere Tausend lokale Sorten hervorgebracht.
Bild: Ariane Citron – Fotolia

Mexiko gilt als das Ursprungsland des Kulturmaises. Bisher darf dort Gentech-Mais nur versuchsweise angebaut werden. Wenn es nach dem Willen von Dow, Dupont und Monsanto geht, wird sich dies bald ändern. Die drei Agrochemiekonzerne haben bei der mexikanischen Regierung beantragt, ihre Gentech-Maissorten auf 2,5 Millionen Hektar auszubringen – einer Fläche, die rund zweieinhalb Mal der landwirtschaftlichen Anbaufläche der Schweiz entspricht. Gegen das Vorhaben regt sich breiter Widerstand. Der Protest kommt dabei nicht nur von Landwirtschaftsverbänden und Umweltschutzorganisationen, sondern auch aus der Wissenschaft. Mehr als 2500 WissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Fachrichtungen haben

einen offenen Brief an die mexikanische Regierung unterzeichnet, in dem sie eine Ablehnung der Anbauanträge fordern. Sie wollen damit die «Wiege des Mais» vor dem Gentech-Anbau schützen und die Vielfalt der Maissorten in Mexiko bewahren, die in Zukunft von grossem Nutzen sein könnte, um Mais züchterisch an neue Krankheiten und den Klimawandel anzupassen. Zudem – so die WissenschaftlerInnen – bedrohe der Gentech-Anbau Millionen von Kleinbauern, die in Mexiko vom Anbau der zigtausend verschiedenen Maislandsorten leben. Ob die Argumente der WissenschaftlerInnen Gehör bei der mexikanischen Regierung finden, dürfte sich in der ersten Hälfte von 2013 zeigen. Dann wird ein Entscheid erwartet.

Kalifornien: Mehrheit stimmt gegen GVO-Kennzeichnungspflicht

In den USA gibt es keine Pflicht, GVO-Lebensmittel zu kennzeichnen. Auch im Bundesstaat Kalifornien wird dies weiterhin so sein. Denn die dort von der Koalition «Right to Know» lancierte Volksinitiative zur Einführung einer Kennzeichnungspflicht ist gescheitert: 47 Prozent der Stimmberechtigten entschieden sich für die GVO-Kennzeichnung, 53 Prozent stimmten dagegen. Den Grund für die knappe Ablehnung verorten die InitiantInnen in der teuren Gegenkampagne. Da für die Gentech-Konzerne viel auf dem Spiel stand – ein Ja in

Kalifornien hätte einen Dominoeffekt in anderen Bundesstaaten auslösen und somit zu Umsatzeinbussen führen können – investierten sie 45 Millionen Dollar in eine Nein-Kampagne. Was den InitiantInnen dabei besonders sauer aufstösst, ist das Engagement von ausländischen Firmen, die in ihren Herkunftsländern eine Deklarationspflicht kennen. Dazu gehören auch die beiden Schweizer Konzerne Syngenta und Nestlé, die zusammen 2,3 Millionen Dollar für die Nein-Kampagne bezahlt haben sollen.